

Judenburger Rundschau

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 85, Oktober 2007 - Infopost - Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020 Graz

Zeitung der **KPÖ** Judenburg

Preisexplosion! KPÖ fordert amtliche Preisregelung

„Eine amtliche Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs ist ein Gebot der Stunde“. Das stellt Gemeinderätin Christine Erschbaumer angesichts der täglichen Meldungen über die Preisexplosion bei Lebensmitteln fest.

„Ich merke, dass die Leute immer schlechter mit ihrem Geld auskommen, weil alles teurer wird. Die Teuerung trifft Pensionistinnen und Pensionisten, Alleinerzieherinnen, aber auch Arbeitslose und Sozialhilfebezieher/innen besonders stark. Deshalb muss die Regierung einschreiten.“

Die Produktion und der Verkauf von Nahrungsmitteln ist schon längst in der Hand international operierender Konzerne. Und die

wollen jetzt Kasse machen. Auch die Spekulationen auf den internationalen Börsen treiben die Preise hoch. **Das Versprechen billigerer Nahrungsmittelpreise nach dem EU-Beitritt ist schon längst vergessen.**

Die Politik tut so, als würde sie das alles nichts angehen.

Nach Auffassung der KPÖ ist das Instrument einer amtlichen Preisregelung für Grundnahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs dringend

notwendig. Dazu sollte auch die Festsetzung von fixen Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen kommen.

Christine Erschbaumer: „Die Menschen, denen es nicht so gut geht, brauchen einen Ausgleich für die Teuerung der letzten Wochen. Das genügt aber nicht. Man darf sich nicht auf die Kräfte des Marktes verlassen, sondern muss eingreifen, damit sich die Leute ihr tägliches Leben auch leisten können“.

Lebensqualität hat abgenommen

Die Sperre des gutgehenden Neukauf-Geschäftes mit dem geräumigen Restaurant vor einem Jahr hat Lebensqualität gekostet. In unmittelbarer Nähe wurde ein zweiter Supermarkt errichtet, der das alles nicht bietet. Die Leute sind enttäuscht von den Stadtpolitikern, die sich bei der Eröffnung des Merkur-Marktes auf die Brust geklopft hatten. Jetzt sieht man, dass in Summe keine neuen Arbeitsplätze geschaffen wurden, weil die alten verloren gingen.

KPÖ Büro geöffnet

Das KPÖ-Büro des Bezirks am Fohnsdorfer Josefiplatz 3 ist ab sofort jeden Mittwoch von 9.00 bis 12.00 und 16.00 bis 18.00 Uhr

und

jeden Donnerstag von 10.00 – 12.00 Uhr geöffnet.

Tel. 035 73 / 21 66



Spezialbrote erzielen horrende Spitzenpreise, auch „normales“ Brot wird immer teurer.



KPÖ

Neutralität wird weiter ausgehöhlt

Scheinheiligkeit hat einen Namen: Wolfgang Schüssel. Vor ein paar Jahren hat er die Neutralität noch mit Mozartkugeln verglichen, jetzt will er auf einmal von einer Abschaffung der Neutralität nichts wissen.

Wir sind aber nicht blind gegenüber negativen Entwicklungen, die sich im Hintergrund und in aller Stille vollziehen. Denn schon längst haben die Regierungsparteien die Neutralität in trauter Einigkeit ausgehöhlt. Die Neutralität wurde schon vor Jahren aus dem Kriegsmaterialengesetz und aus dem Strafgesetz, in dem „Neutralitätsgefährdung“ als Straftatbestand galt, herausgenommen.

Seit Jahren wird intensiv an einer Aufrüstung für internationale Militärbündnisse gearbeitet. Die Teilnahme des Bundesheeres an den EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) wird vorbereitet.

Fleißig und ungeniert wirbt beispielsweise das österreichische Militär für Auslandseinsätze. „Das Bundesheer hat im Jahre 2003 in ganz Österreich mit der Aufstellung von Organisationseinheiten mit hohem Bereitschaftsgrad für die Entsendung zu Auslandseinsätzen begonnen.

Nach mittlerweile erfolgter Befüllung dieser Einheiten mit mehr als 1000 Soldaten startet ab Mitte 2007 mit der Ausbaustufe 2 eine weitere Aufstockung dieser Kräfte.“, kann man auf der Homepage des österreichischen Bundesheeres wörtlich nachlesen.

Unter dem Motto „Mehr als eine Zukunft“ werden Rekruten eingeladen, ein „zielorientiertes Jobangebot im Rahmen der Auslandseinsatzbereitschaft des Bundesheeres“ anzunehmen.

Vor diesem Hintergrund ist es seltsam, wenn Politiker wie Gusenbauer laut schreien, die Neutralität dürfe nicht angetastet werden und wenn sogar Schüssel das Bekenntnis zur Neutralität erneuert. In Wirklichkeit tritt die KPÖ als einzige der Parteien ohne taktisches Hin und Her für die Beibehaltung der Neutralität, verbunden mit einer Weiterentwicklung durch eine aktive Neutralitätspolitik ein.



Für Ausstieg aus dem profitorientiertem Pflegesystem

KPÖ will Pflege verbessern statt Gewinne Privater zu subventionieren

Die Pflegemisere in der Steiermark ist zu einem großen Teil hausgemacht. Darauf weisen die KPÖ-Abgeordneten Renate Pacher und Werner Murgg in zwei Anfragen an LH-Stv. Flecker in der Landtagsitzung am 14. September hin. Bereits in der Sitzung am 19. September des Vorjahres hatte die KPÖ versucht, die Situation der Pflegebediensteten zu verbessern, stieß beim zuständigen Landesrat Flecker aber auf taube Ohren.

In ihrer Kritik am steirischen Pflegesystem sieht sich die KPÖ nach öffentlichen Stellungnahmen der Patientenombudsfrau Renate Skledar und der steirischen Vorsitzenden des ÖGKV (Österr. Gesundheits- und Krankenpflegeverband), Cäcilia Petek, bestätigt. Wie Petek kritisiert die KPÖ seit langem, dass in der Steiermark die Pflege in gewinnorientierten Pflegeheimen mit öffentlichen Geldern subventioniert

wird – eine Vorgangsweise, die es in keinem anderen Bundesland in diesem Ausmaß gibt.

Renate Pacher: „Die Pflege älterer Menschen ist nicht dazu da, dass Private Profite erwirtschaften. Leid Tragende sind sowohl jene Menschen, die in den Pflegeheimen unter teils unwürdigen Bedingungen untergebracht sind, als auch das Pflegepersonal, das längst an den Grenzen der Leistungsfähigkeit angelangt ist.“

„Es ist auch nicht einzu- sehen, dass der Heimvertrag den Betreibern gestattet, den jeweils schlechtesten in Österreich möglichen Kollektivvertrag anzuwenden. Die Pflegeheime, die öffentliche Gelder beziehen, müssen verpflichtet werden, den BAGS-Kollektivvertrag anzuwenden, der von der Berufsvereinigung von Arbeitgebern für Gesundheits- und Sozialberufe ausgearbeitet wurde“, ergänzt Werner Murgg.

SAALVERMIETUNG

Günstige Gelegenheit für Veranstaltungen und Feiern!

Die Resti-Fohnsdorf

Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere Gesellschaft?



Anfragen und Informationen:
KPÖ Fohnsdorf • Tel. 035 73/ 21 66

Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohnes zustehen!

WAS UNS EIN- UND AUFFÄLLT...

...dass viele Judenburgerinnen und Judenburger mit ihrer Unterschrift die Kampagne „Kein Geschäft mit der Spielsucht“ unterstützt und auf einem Infostand das Gespräch mit KPÖ-Klubobmann Kaltenegger gesucht haben. Am 2. Oktober wird eine „Enquete“ des steirischen Landtages zu diesem Thema stattfinden.

✕

...dass die Regierung ihre Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit auf Rekordhöhe getrieben hat.

✕

...dass die Stadt Judenburg vom Land 340.000 Euro an **Bedarfszuweisungen** erhalten hat. Das zeigt, wie angespannt die Finanzlage unserer Stadt ist.

✕

...dass es sehr erfreulich ist, wenn viele Menschen in unserer Stadt die Politik der KPÖ positiv finden und die Informationen unserer Zeitung für wichtig halten. Für unsere Arbeit brauchen wir Unterstützung. Wir bieten an, mit uns Kontakt aufzunehmen (Tel 46 4 95), damit wir gemeinsam für die gute Sache wirken können.

✕

...dass die KPÖ einen **Kautionsfonds** für Mieter

fordert Bekanntlich werden bei Neubezug einer Wohnung 3 Monatsmieten als Kaution im voraus verlangt. Diese Zahlung ist für viele Menschen unleistbar.

✕

...dass das WC für den Papst in **Mariazell** eine Sonderanfertigung war, die nur der „Heilige Vater“ selbst benutzen durfte.

✕

Dass viele Menschen in unserer Stadt richtiggehend froh darüber sind, dass es – auf **Initiative** von Gemeinderätin Erschbaumer – das erweiterte Essen auf Rädern auch an Sonn- und Feiertagen gibt.

✕

... dass der Senioren-Chef der SPÖ, Karl Blecha nicht einmal eine ungefähre Ahnung hatte, was ein **Kilo Brot** kostet. Auf die diesbezügliche Frage der Zeitung „Ganze Woche“ meinte er nämlich, je nach Brotart zwischen neun und zwölf Euro. –Bei seinem hohen Pensionsbezug spielen die Lebensmittelpreise natürlich keine Rolle

✕

... dass in **Slowenien** nach der Euro-Einführung alles teurer geworden ist. Die Leute klagen dort sehr darüber. –Nicht anders als bei uns!

Ehrung für „Anschluss“-Dichterin in Neumarkt: Unverständnis und Zorn

Protestaktionen gegen die Enthüllung einer Gedenktafel für die nazifreundliche Dichterin Agnes Millonig in Neumarkt sind wichtig.

„Man muss sich die Frage stellen, warum sich ein FP-Bürgermeister und ein Kärntner Landeshauptmann im Jahr 2007 für jemanden stark machen, der nachgewiesenermaßen im Jahr

1933 der illegalen NSDAP beigetreten ist.“

Das sagte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. „Wer für Österreich eintritt, kann die heutige Ehrung für eine Anschluss-Dichterin nur mit Unverständnis und Zorn zur Kenntnis nehmen. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen.“

Kommentar

Von KPÖ-
Gemeinderätin
Christine Erschbaumer



Wann bekommt Judenburg eine neue Aufbahrungs- und Verabschiedungshalle?

Liebe Judenburgerin!
Lieber Judenburger!

Als eine von vielen Menschen gewählte Gemeinderätin ist es mir ein ganz besonderes Anliegen, dass dieses wichtige Projekt zustande kommt. Sie werden sich erinnern, dass ich in unserer Zeitung schon einmal darüber geschrieben habe. Ich werde jetzt hartnäckig „dran bleiben“ – diese Aufbahrungshalle ist alt und den trauernden Menschen nicht mehr zumutbar. Ich hoffe, dass Bürgermeisterin Grete Gruber und die Stadträte sich „angesporn“ fühlen und einen baldigen Plan erstellen lassen.

Ein trauriger Anlass – ein guter Freund meines Mannes und mir ist verstorben, die Verabschiedung war in Trofaiach. Da sah ich eine neue Aufbahrungs- und Verabschiedungshalle, mein Gedanke war sofort – die würde für Judenburg passen. Die sollen sich unsere Stadtpolitiker ansehen, den Architekten gleich mitnehmen. Kommunisten kritisieren „nicht nur“ sie bringen wertvolle Vorschläge ein!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!
Sollten Sie Sorgen und Probleme haben, rufen Sie mich an: Tel.: 46-495

Meint

Ihre KPÖ-Gemeinderätin
Christine Erschbaumer



Muss die Trauerkleidung nur „SCHWARZ“ sein?

Kann sich jede Person bei einem Todesfall eine Neueinkleidung leisten?

Nein, nicht wirklich!

In so einer Situation ist man eigentlich gar nicht gut in der Lage von Geschäft zu Geschäft zu wandern. Aber die Menschen tun es, um einem „Gerede“

auszuweichen.

Ich sehe das anders: Die Trauernden sollen diese Bekleidung tragen, die sie nett und passend finden.

Die „richtige Trauer“ kann doch nicht nur durch „Schwarz“ ausgedrückt werden. Haben wir Mut dazu!

Christine Erschbaumer

EGAM: Sanierung in den Sternen

Nach dem EGAM-Verkauf an eine private Immobilienfirma zeigt sich, dass die neuen Besitzer vor allem die rasche „Verwertung“ und nicht eine umfassende Sanierung der Häuser (beispielsweise in Judenburg West) vorhaben. Nach Darstellung der neuen Firma soll der Bund kaum Geld für die Erhaltung und Verbesserung der Wohnungen übrig gelassen haben. Mieter, die sich beschweren und eine umfassende Sanierung

fordern, können in diesen Tagen schon Folgendes zu hören bekommen: „Wem es nicht passt, der kann ja ausziehen“.

Leider haben die Gemeinden, auch Judenburg, auf alle Kontrollrechte verzichtet, als sie ihre (kleinen) Anteile an der EGAM ebenfalls verkauft haben.



Kapitalistisches „Gammelfleisch“

Immer wieder kommt es im benachbarten Ausland zu ausgewachsenen FLEISCHSKANDALEN! Diverse Unternehmer deuten den Begriff „freie Marktwirtschaft“ anscheinend ziemlich frei und großzügig. So gelangten viele Tonnen von sogenanntem „Gammelfleisch“ (Fleisch-Abfall) in den Verkauf.

Dabei verfallen die Gauner immer auf neue Tricks, um ihre MACHINATIONEN zu verschleiern (z.B. Lieferung über einen ausländischen Mittelsmann, Neu-Etikettierung bereits abgelaufener bzw. verdorbener Waren).

Man möchte hoffen, dass bei derart sensiblen Dingen (Nahrungsmitteln und Medikamenten) die staatlichen Kontrollorgane funktionieren

Dann erfährt man, dass die Gattin eines bereits einschlägig Verurteilten nach einiger Zeit unter ihrem eigenen Namen ein Unternehmen für Fleischhandel betreiben kann. Wen wundert es, wenn der Gatte zufällige den Geschäftsführer spielt und die Geschäfte „wie gehabt“ weiterführt.

Statt dem Verurteilten nachher streng auf die Finger zu schauen, hat die Kontrolle praktisch versagt.

Nur der besonderen Aufmerksamkeit eines Kraftfahrers war es zu verdanken,



ders war es zu verdanken, dass die Öffentlichkeit vom neuesten Fleisch-Skandal erfuhr „also erst durch einen Zufall erhielten die Kontroll-Organen Kenntnis vom ungesetzlichen Treiben und setzten behördliche Maßnahmen. Und die Moral von der Geschichte: Was im Essen wirklich drinnen ist, weiß man häufig nicht!



TIERECKE

**Verdient nur der Mensch Schutz?
Bleiben die Tiere weiterhin nur eine „Sache?“**

Laborversuche darf es doch im Dritten Jahrtausend mit Tieren nicht mehr geben. Das ist Tierquälerei!

Nach wissenschaftlichen, medizinischen Erkenntnissen kann man aus menschlichen erworbenen Zellen, medizinische Versuche erfolgreich erzielen. Ein Beispiel aus meiner gesammelten Erfahrung: Hunde vertragen Medikamente weitaus schlechter als wir Menschen. Oder: „Verwendete“ Beagles (gutmütige Jagdhunde), werden nach zwei bis drei Jahren an bestimmte Tierheime abgegeben. Wissen sie, wann deren Leben zu Ende ist? Trotz bester Betreuung sterben diese armen Geschöpfe mit sieben Jahren. Nieren und Leber hielten der ständigen Medikamentengabe nicht stand. Politiker aus Land und Bund sind zum Einschreiten aufgefordert.

Ihre tierliebende Gemeinderätin
Ch. Erschbaumer



Greifvögel statt Eurofighter!

Burg Oberkapfenberg

Festveranstaltung

der steirischen KPÖ zum Neutralitätsfeiertag 2007
- für die ganze Familie!

Fr. 26. Oktober 2007

10.00 Uhr Begrüßung Bürgermeisterin Brigitte Schwarz
Begrüßung LAbg. Ernest Kaltenegger
Ansprache der Grazer Stadträtin Elke Kahr

Lesung: Erich Hackl, Schriftsteller
ab 13 Uhr: gemütliches Beisammensein und Musik mit Chris Peterka
15 Uhr: Greifvogelflugschau, Eintritt: 4 Euro

Anmeldung: Bus aus Judenburg - 035 73 / 21 66